

RECHTSSTAAT UND MENSCHENRECHTE STEHEN AUF DEM SPIEL

Günter Burkhardt, Karl Kopp

Im Frühjahr 2016 sitzen an der griechisch-mazedonischen Grenze tausende Flüchtlinge fest. Wochenlang hausen Junge und Alte, Frauen, Familien mit Kindern in Regen und Schlamm, vor unser aller Augen. Sie sind verzweifelt, viele sind krank. Sie wollen weiter, werden aber von den mazedonischen Grenzen nicht durchgelassen. Es ist eine humanitäre Katastrophe mitten in Europa – und niemand handelt, Europa schaut zu, in stillschweigendem Einverständnis. Gleichzeitig toben die Konfliktherde in Syrien, Irak und Afghanistan weiter, aber das interessiert kaum noch. Niemals waren mehr Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung als heute. Die Gründe dafür, warum so viele Menschen fliehen, geraten aus dem Blick. Denn im Jahr 2016 zählt nur noch eines: Die Zahl der in Deutschland und Europa ankommenden Flüchtlinge muss gesenkt werden, koste es, was es wolle.

Noch im September 2015 hießen zehntausende von Menschen und auch namhafte Politiker Flüchtlinge in Deutschland willkommen. Inzwischen wird Rechtspopulisten immer mehr das Feld überlassen, flüchtlingsfeindliche Positionen gewinnen an Zustimmung – auch in demokratischen Parteien.

Im bürgerlichen Gewand wird gehetzt. Der geistigen Brandstiftung folgt die Tat: Seit Jahresbeginn gab es 248 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, davon 46 Brandanschläge. Tag für Tag werden Menschen auf offener Straße bedroht, ohne dass ein Aufschrei durch Deutschland geht. Die rechtspopulistische AfD erhält in drei Bundesländern zweistellige Wahlergebnisse – ohne Parteiprogramm,

allein aufgrund ihrer flüchtlingsfeindlichen Parolen. Abschotten, abgrenzen, abschießen – wo fängt Unmenschlichkeit an?

Domino-Effekt der Zäune

Im Herbst 2015 greift europaweit Flüchtlingsfeindlichkeit um sich: Einer Grenzschließung folgt die nächste. Ein Land nach dem anderen baut Zäune. Im Bestreben, sich abzuschotten und die Ver-

antwortung dem jeweils anderen EU-Staat zuzuschieben, manövrieren sich die Staaten der EU in eine Sackgasse. Ein Domino-Effekt wird ausgelöst.

Die über Monate hinweg als flüchtlingsfreundlich wahrgenommene Bundeskanzlerin leitet den Kurswechsel ein, nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit. Sie plant einen Deal mit der Türkei: Diese soll Europa die Flüchtlinge künftig vom Hals halten und sie aus Griechen-



land wieder zurücknehmen. Im Gegenzug sollen syrische Flüchtlinge im Rahmen eines Kontingents aus der Türkei in Europa aufgenommen werden.

Der 18. März 2016, der Tag der Einigung mit der Türkei, ist ein bitterer Tag für Flüchtlinge. Die EU verkauft die Menschenrechte von Flüchtlingen an die Türkei. Im Grenzstaat Griechenland drohen nun Pro-forma-Verfahren mit anschließender Masseninhaftierung und Massenabschiebung in die Türkei. Griechenland wird zum Asyllager der EU, die Türkei zum Vorposten. Das Flüchtlingsrecht und die Menschenrechtskonvention werden dabei ausgehebelt und verbogen. Das ist eine moralische und rechtliche Bankrotterklärung und eine Kehrtwende in der Geschichte der Europäischen Union. Dieses Abkommen ist eine Schande für Europa.

Daran ändert auch die geplante Aufnahme eines Kontingents syrischer Flüchtlinge nichts. Was ist mit den Flüchtlingen

aus Afghanistan, Iran, Somalia, Eritrea? Nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder der Europäischen Menschenrechtskonvention sind die individuellen Fluchtgründe maßgebend, nicht die nationale Herkunft. In dem geplanten perfiden Tauschgeschäft werden Schutzbedürftige gegeneinander ausgespielt.

Niemand darf der Folter unterworfen und in Situationen abgeschoben werden, wo Menschenrechtsverletzungen und Lebensgefahr drohen. Das muss individuell in einem fairen Verfahren geprüft werden, einschließlich der Möglichkeit, negative Entscheidungen vor Gericht überprüfen zu lassen.

Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat

Der EU-Türkei-Deal bricht europäisches Recht, er liefert Schutzsuchende einem Staat aus, der sich mit rasanter Geschwindigkeit vom Rechtsstaat entfernt. Zwar hat die Türkei fast drei Millionen

Flüchtlinge vorübergehend beherbergt – eine großartige Leistung, für die sie zu Recht finanzielle Unterstützung fordert. Das Land kennt jedoch kein staatliches Asylrecht, das zu einem Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention führt. Die Türkei ist kein »sicherer Drittstaat« im Sinne des Europa- und Flüchtlingsrechts, weder auf dem Papier noch in der Realität.

Bereits jetzt sind Flüchtlinge in der Türkei der Gefahr ausgesetzt, in Staaten abgeschoben zu werden, in denen ihnen Verfolgung oder gar der Tod drohen. Gegenüber syrischen Flüchtlingen verfolgt die Türkei eine systematische Praxis der Zurückweisung. Die Grenzen zu Syrien wurden abgeriegelt. Inhaftierungen, Abschiebungen und Zurückschiebungen nach Syrien wurden in Hunderten von Fällen dokumentiert. Um Flucht zu verhindern, führte die Türkei die Visumpflicht für Syrer ein und baut eine massive Grenzbefestigung an der syrisch-türkischen Grenze.

Und wie reagiert hierauf der Architekt der europäischen Flüchtlingspolitik, Innenminister de Maizière? Auf eine kritische Frage vom Spiegel am 30. Januar 2016 antwortet er: »Es spricht überdies nicht grundsätzlich etwas gegen Grenzsicherung. Wir haben einen Zaun an der Landgrenze zwischen der Türkei und Griechenland (...). Wir erwarten zu Recht, dass jedes Land des Schengenraums seine Außengrenze schützt. Und ich habe Verständnis dafür, dass die Türkei alles dafür tut, damit der Bürgerkrieg in Syrien nicht ins eigene Land überschwappt.«

Deutlicher hätte es kaum formuliert werden können. Jedes Mittel ist recht, um Flüchtlinge fernzuhalten, koste es, was es wolle.

Unbestritten stehen Deutschland und die anderen europäischen Staaten, vor allem aber die Nachbarstaaten Syriens, vor einer großen Herausforderung. Konfliktreduzierende Lösungen müssen politisch erreicht werden. Die Politik der Bundesregierung, die sie in der EU durchgesetzt hat, birgt jedoch auch sicherheitspolitisch enorme Risiken. Die Türkei hat längst offen formuliert, dass



© Bernadett Szabo / Reuters

Idomeni, März 2016
© Björn Kietzmann



sie eine Schutzzone für Flüchtlinge in Nordsyrien will. Der Nebeneffekt: Ein Erstarken staatlicher Strukturen der kurdischen Bevölkerung soll verhindert werden. Der Autokrat Erdogan hat den Krieg im Südosten der Türkei gegen die kurdische Minderheit neu entfacht. Menschenrechtsverletzungen gegenüber Oppositionellen und Journalisten häufen sich. All dies ist auch Bundeskanzlerin Merkel bekannt. Gleichwohl hat sie die Kooperation mit der Türkei vorangetrieben. Europa verliert so aber jegliche Berechtigung, andere Staaten zur Einhaltung von Menschenrechten zu drängen. Europa verspielt seine Glaubwürdigkeit. Europa verspielt die Basis, auf der die Gesellschaft fußt: Die Würde des Menschen und die uneingeschränkte Geltung der Menschenrechte.

Verantwortung übernehmen!

Doch wie könnten Lösungen aussehen? Eines ist klar: Es gibt keine einfachen Lösungen. Wenn Millionen auf der Flucht sind, sind alle Nachbarstaaten, aber auch die angrenzenden Regionen gefordert, gegebenenfalls auch andere Staaten weltweit. An der Übernahme von Verantwortung durch jeden einzelnen Staat geht kein Weg vorbei. Es ist skandalös, dass sich die osteuropäischen Staaten weigern, Flüchtlingen Schutz

zu gewähren. Nicht gesprochen wird über die de facto Verweigerung der nord- und westeuropäischen Industriestaaten. Frankreich, Großbritannien, die Beneluxstaaten und andere hätten weit aus mehr Möglichkeiten, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Sie verstecken sich hinter Deutschland. Ein Land nach dem anderen in Europa schiebt die Verantwortung weiter. Sie handeln nach dem Motto: Jeder für sich, gemeinsam gegen Flüchtlinge.

Augen zu, Grenzen zu und hoffen, dass die Situation vorübergeht: So sieht keine verantwortliche Politik aus. Es ist weltfern zu glauben, dass Griechenland oder die Türkei zum Flüchtlingslager Europas werden und die Menschen dort bleiben.

Es ist auch weltfern zu glauben, dass diejenigen, die Deutschland und andere europäische Staaten erreichen, bald wieder zurückkehren. Rund 80 % der Ankommenden stammen aus den Kriegs- und Krisenregionen Syriens, Irans, Iraks und Afghanistans. Politik und Gesellschaft müssen sich darauf einstellen, dass die Ankommenden lange Zeit bleiben – wenn nicht für immer. Und daraus gilt es, Konsequenzen zu ziehen. Doch was geschieht, ist das Gegenteil.

Rolle rückwärts in der Integrationspolitik

Vor einem Jahr standen noch die Chancen und Potenziale der Flüchtlinge im Mittelpunkt der Debatte, nun dominieren auf Abwehr gerichtete Maßnahmen. Flüchtlinge bringen enorme Potenziale mit. Sie sind willens und fähig, ein neues Leben zu beginnen und es aktiv zu gestalten. Es liegt im Interesse aller – sowohl der aufnehmenden Gesellschaft als auch der Flüchtlinge, Hürden, die Integration verhindern, zu beseitigen. Doch das Gegenteil geschieht.

Das vielleicht perfideste Beispiel der integrationspolitischen Kehrtwende ist die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte bis März 2018. Ihr erstes Ergebnis: Zu Jahresbeginn 2016 schnellte die Zahl der Toten in der Ägäis in die Höhe. Mehr als 350 Menschen sterben allein von Januar bis Ende März. Es sind in dieser Zeit vor allem Frauen und Kinder, die in die Boote gehen, nach UNHCR mehr als 60 Prozent der Ankommenden, weitaus mehr als in den Monaten zuvor. Die Ankündigung, den Familiennachzug künftig zu verhindern, sowie die sich abzeichnende Schließung der Grenzen haben eine Torschlusspanik ausgelöst. Die Kontrollen der Türkei führen zu ge-

fährlicheren Seewegen und so zu mehr Toten.

Es gibt weitere politische Abwehrmaßnahmen in der Innenpolitik. Stein um Stein wird eingerissen, was über zehn Jahre hinweg erreicht wurde. Deutschland ist offener geworden, Deutschland ist vielfältiger geworden und noch immer sehen viele die Ankunft der Flüchtlinge positiv. Doch im September 2015 setzte ein Rollback ein – sowohl auf der gesetzgeberischen Ebene als auch im öffentlichen Diskurs. Die Liste der Verschärfungen ist lang, und während diese Zeilen geschrieben werden, werden bereits die nächsten diskutiert.

- Die zwangsweise Isolierung in Massenunterkünften für sechs Monate und länger behindert ein selbstbestimmtes Leben. Zu wenig wird für den sozialen Wohnungsbau und die Integration in ein lebendiges Wohnumfeld getan.

- In vieler Hinsicht werden das Aufenthaltsrecht und die Integrationschancen für Flüchtlinge beschnitten. Asylpaket I und Asylpaket II heißen die Stichworte. Nur ein Beispiel: Mit willkürlichen Definitionen von einer Bleibeperspektive wird einem großen Teil der Ankommenden ein früher Sprachkurs verweigert.

- Allen unfairen Schnellverfahren zum Trotz dauern die Asylverfahren viel zu lange – wo doch alle wissen: Je früher die Menschen aufenthaltsrechtliche Sicherheit haben und je früher Integrationsmaßnahmen beginnen, desto besser gelingt die Integration.

- Anstatt Integrationsangebote wirksam und endlich in ausreichender Zahl bereitzustellen sowie positiv zu begleiten, setzt ein Abwehrdiskurs ein. Von angeblichen Integrationsverweigerern, die sanktioniert werden müssen, ist die Rede. Verschwiegen wird, dass alle Sprachkurse innerhalb weniger Tage ausgebucht sind und die staatlichen Strukturen versagen. Deutschland baut eine Bürokratie auf, die den Weg in die Selbständigkeit der Menschen verhindert.

Gefährlicher Abwehrdiskurs

Das Familiennachzugsverbot, die Wiedereinführung der mündlichen Befragung für Flüchtlinge aus Syrien, Schnellverfahren, die zwangsläufig versagen, wenn es darum geht, Schutzbedürftige zu erkennen – die Liste des politischen Aktionismus ist lang.

Sie bewirkt nicht nur eine Ausgrenzung und beschneidet nicht nur das Recht auf Asyl, sie zerstört die Lebenschancen der Menschen und sie wirkt in die Gesellschaft: Flüchtlinge werden zusehends als Bedrohung wahrgenommen, die es abzuwehren gilt, nicht als Menschen, die Schutz brauchen. Eingeleitet vom Gerede der begrenzten Aufnahmekapazität durch den Bundespräsidenten Ende September 2015 und permanent gesteigert durch die Rhetorik von CSU, AfD und Politikerinnen und Politikern anderer Parteien, werden Flüchtlinge zur Gefahr verzerrt.

Monatelang wird über eine Obergrenze debattiert – ursprünglich eine fixe Idee der CSU. Wie das gehen soll, dass es keine Obergrenze geben kann, wenn

Menschenrechte ernst genommen werden – und dass niemand eine Antwort weiß, was denn mit dem ersten Flüchtling geschehen soll, der diese Obergrenze überschreitet: Dies bleibt weitgehend außerhalb der Debatte. Wichtig erscheint allein die Artikulation des eigenen Interesses.

Menschenrechte kennen keine Grenzen!

Es ist höchste Zeit, die große Solidarität mit Flüchtlingen in Deutschland wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Im September 2015 dominieren die Signale des Willkommens in den Medien. Und gleichzeitig wurde immer wieder öffentlich sichtbar, wie verheerend die Situation in den Herkunftsländern von Flüchtlingen und wie brutal die Flucht ist. Es gilt in dieser Situation nun zusammenzustehen und den öffentlichen Raum zurückzugewinnen. Ein breites gesellschaftliches Bündnis ruft zur Aktion und Menschenkette unter dem Slogan »Hand in Hand gegen Rassismus« auf. Am 19. Juni, dem Vortag des Weltflüchtlingstags, aber auch im Herbst, wenn der Flüchtlingstag in Deutschland stattfindet. ■



Plakat zum Tag des Flüchtlings 2016

Kostenfrei (zzgl. Versand) bestellbar bei PRO ASYL